

# Für mehr Lohn statt deutlicher Kürzung

## Protest am Evangelischen Vereinskrankenhaus

**HANN. MÜNDE**N. Etwa 70 Beschäftigte des Evangelischen Vereinskrankenhauses (VKH) Münden haben gestern mit einer anderthalbstündigen Protestaktion für mehr Lohn anstatt Lohnabsenkung demonstriert. Die Aktion fand außerhalb der Dienstzeit statt. Anlass waren die aktuellen Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Diakonie in Niedersachsen - das VKH gehört der kirchlich orientierten ProDiako-Gruppe an.

Die Beschäftigten fordern 3,8 Prozent mehr. Dagegen wollen die Arbeitgeber die Löhne um zehn bis 13 Prozent senken - in den Augen von Klinikmitarbeitern eine Provokation. So sollte der Protest auch der Unterstützung der Arbeitnehmervertreter in der Schlichtungskommission dienen. Die Verhandlungen in Hannover waren nach einem zweitägigen Gesprächsmarathon abgebrochen worden und werden am 8. Juni fortgesetzt.

Trotz strömenden Regens fanden sich VKH-Mitarbeiter aus den Bereichen Pflege, Verwaltung, Röntgen, Apotheke,

Ärzeschaft und Krankengymnastik in der Mittagspause vor der Klinik ein. „Die Beschäftigten wollen deutlich machen, dass es keine Einigung in der Schlichtung um jeden Preis geben wird“, erklärte Horst Roth, stellvertretender Geschäftsführer der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Südost-Niedersachsen.

.....  
„Engel brauchen nicht mehr Lohn – wir schon.“

**BUTTON-AUFDRUCK**

.....

Arzt Michael Gruß nahm das Wetter zum Anlass für einen bissig-ironischen Kommentar: „Da kann man sehen, unser Arbeitgeber lässt uns im Regen stehen.“ Mit warmer Suppe konnten die Mitarbeiter zwar die ungemütliche Witterung etwas eindämmen, „jedoch die soziale Kälte bleibt“, stellte Gruß fest.

Um die Forderungen auch gut sichtbar zu unterstützen, steckten sich die Protestierenden Buttons mit dem Slogan „Engel brauchen nicht mehr Lohn – wir schon.“ (zpy)



Protest am Krankenhaus: Gewerkschaftsvertreter Horst Roth und VKH-Mitarbeiter demonstrierten nach der Frühschicht und vor der Nachmittagsschicht gegen die geplante Absenkung der Gehälter. Sie forderten eine Lohnerhöhung um 3,8 Prozent. Foto: Siebert